



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gestanden, wo er für die innerliche Gewinnung des Landes großes geleistet hat, er ist dem parlamentarischen Leben als Vizepräsident des Reichstags nahe getreten und hat als deutscher Botschafter Frankreich, unser wichtigstes Nachbarland, genau kennen gelernt. Und er ist zugleich, und das ist nicht das geringste, vom höchsten deutschen Reichsadel, von jenem Adel, der lange dem alten Reiche wertvolle Kräfte gestellt, dann in den kleinen Verhältnissen deutscher Mittelstaaten, denen er sich nur großend unterwarf, keine seiner Bedeutung entsprechende Stellung gefunden hat und jetzt wieder mit Vorliebe in den Dienst des neuen Reiches und Preußens tritt, mit dem schon einmal ein Fürst Hohenlohe seinen Namen, allerdings in unglücklichster Stunde (1806), eng verknüpft hat. Als Standesherr hat er die mannichfachen Beziehungen zu den leitenden Kreisen, als Großgrundbesitzer steht er fest auf dem vaterländischen Boden und gehört den Schichten an, auf denen ein monarchischer Staat in erster Linie beruht. Daß er Süddeutscher ist und Süddeutschland kennt, wird hoffentlich dazu beitragen, dem albernen Gerede von der „Verpreußung“ Deutschlands zu steuern und besonders im Süden den besten Eindruck machen. Kurz, Fürst Hohenlohe scheint uns alle die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirksamkeit in sich zu vereinigen, die bei seinem Vorgänger zu vermissen waren, und wir begrüßen deshalb den Kanzlerwechsel mit Freuden. Vollends in dem schicksalsvollen Augenblicke, wo der Tod des Zaren alle Welt in gespannte Erwartung versetzt hat, bedarf es mehr als je einer erfahrenen und festen Hand. Wir hegen das feste Vertrauen, daß es unserm Kaiser und seinen nunmehrigen Ratgebern gelingen werde, den innern Frieden zu sichern nicht durch Polizeimaßregeln, sondern vor allem durch wirksame soziale und wirtschaftliche Reformen und nach außen dem Reiche das zu verschaffen, was wir auch vom Standpunkte der inneren Politik aus am meisten bedürfen, eine Erweiterung unsres Wirtschafts- und Kulturgebiets, worauf diese Blätter immer und immer wieder hingewiesen haben und hinweisen werden. Die letzten Maßregeln unsrer Kolonialpolitik geben uns die Hoffnung, daß die Zeit des geduldigen Zuwartens vorüber ist und eine Zeit energischen Handels anbrechen wird.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Vom fünften Evangelisch-sozialen Kongreß. Die Zeitungsberichte über den diesjährigen Kongreß, der am 16. und 17. Mai in Frankfurt a. M. abgehalten worden ist, haben zwar gewaltiges Aufsehen erregt, aber von der Fülle herrlicher Gedanken, nützlicher Anregungen und thatsächlicher Belehrungen, die da

sowohl von den vier Referenten*) wie in den Debatten ausgeschüttet wurde, haben sie doch nur dürftige Bruchstücke gebracht. Es ist aber von Wichtigkeit, diese Leistungen vollständig kennen zu lernen. Denn was hätten wir denn, außer den Männern dieses Kongresses, für eine Vereinigung in Deutschland, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung an der Lösung der sozialen Fragen praktisch arbeitete? Der Verein für Sozialpolitik ist allerdings älter und hat sich durch seine Untersuchungen und Berichte um die Vorbereitung für Gesetzesentwürfe hoch verdient gemacht; aber der Evangelisch-soziale Kongreß arbeitet nicht allein in derselben Richtung, sondern organisiert außerdem noch die unmittelbare Einwirkung seiner Mitglieder, die größtenteils Geistliche sind, aufs Volk. Von der Ausbreitung dieser Organisation wird zu einem guten Teile nicht allein der weitere Gang der sozialen Entwicklung, sondern auch das Schicksal der evangelischen Kirche abhängen, die nur auf dem von den Männern des Kongresses eingeschlagenen Wege wieder vollständig werden kann. Unter diesen Umständen ist das Studium des stenographischen Berichts über die Kongreßverhandlungen, der bei Rehtwisch und Lange- wort in Berlin (SW, Zimmerstraße 19) erschienen ist, aufs dringendste zu empfehlen.

Der sinkende Zinsfuß. Ein kleiner Aufsatz unter dieser Überschrift in Nr. 40 beginnt mit den Worten: „Bekanntlich hat mit der Einführung der dreiprozentigen Reichsanleihe an der Londoner Börse die vaterlandslose Finanz ein regelrechtes Kesseltreiben auf unsere vierprozentigen Werte eröffnet.“ Das hat aber nicht nur die vaterlandslose Finanz gethan, sondern auch der Bund der Landwirte.**) Mehrfach sind in seinen Organen Stimmen laut geworden, die der preussischen Regierung die heftigsten Vorwürfe darüber machen, daß sie die vierprozentigen Konsole nicht schon lange konvertirt habe — sie halte künstlich den Zinsfuß auf einer Höhe, die durch die heutigen Geldverhältnisse nicht gerechtfertigt sei. Dadurch würden die notleidenden Landwirte schwer geschädigt, denn solange das Privatkapital noch gute Staatspapiere zu vier Prozent kaufen könnte, so lange sei auch nicht an ein Heruntergehen der Zinsen für sichere erste Hypotheken zu denken. Ganz abgesehen davon sei es aber auch eine Thorheit, wenn der Staat mehr Zinsen für seine Schulden bezahle, als nötig sei — eine Thorheit und ein Unrecht gegen die, die durch Steuerzahlen diese Zinsen aufbringen müssen. Meines Erachtens hat der Bund mit dieser Forderung nicht so Unrecht, obwohl er dabei der ihm so gründlich verhassten Börse Heeresfolge leistet. Betrübend ist es ja freilich für die Inhaber vierprozentiger Staatspapiere, wenn sie ihr Einkommen plötzlich verringert sehen, namentlich wenn das Witwen und Waisen oder nicht mehr arbeitsfähige kleine Rentner trifft; aber die Rente des Kapitals läßt sich doch mit ebensovienig Recht künstlich hochhalten wie die Landrente. Man kann nicht dem Bunde der Landwirte das zum Vorwurf machen, was man als Eigentümer von Kapital vom Staate für sich verlangt. Muß sich der eine Staatsbürger nach der Decke

*) Es haben Bericht erstattet: Professor Dr. Gremer (Greifswald) über die soziale Frage und die Predigt, P. Paul Göhre (Frankfurt a. D.) und Professor Dr. Max Weber (Berlin) über die Lage der deutschen Landarbeiter, Landgerichtsrat Kulemann (Braunschweig) über die Gewerkschaftsbewegung und Professor Dr. Harnack (Berlin) über die evangelisch-soziale Aufgabe im Lichte der Geschichte der Kirche.

**) Im vorletzten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ mag übrigens Hans Delbrück die nationalliberale Presse an, daß sie „zum Schaden der Allgemeinheit, zum Vorteil einiger Besitzenden das künstliche Hochhalten des Zinsfußes eifrig verteidige.“

strecken, so soll es auch der andre. Bei $3\frac{1}{2}$ oder auch 3 Prozent wird der Sparfium nicht in Deutschland schwinden; das beweisen die dauernd steigenden Einlagen bei den städtischen und ländlichen Sparkassen, die schon seit sechs bis acht Jahren nur noch 3, höchstens $3\frac{1}{2}$ Prozent zahlen. Auch die französischen Rentiers, die ja, wie behauptet wird, meist ihre Ersparnisse in französischer Rente anlegen, müssen sich, wenn wir nicht irren, mit 3 Prozent begnügen. Und dabei steht französische Rente über Pari.

Unlauterer Wettbewerb. In deutschen Industriekreisen wird es als „unlauterer Wettbewerb“ empfunden, daß bestimmte Verfahren zur Herstellung gewisser Fabrikate, die in Deutschland und andern Staaten patentirt sind, in der Schweiz keinen Patentschutz erlangen können, wenn sie nicht durch Modelle darstellbar sind. Dies ist bei chemischen Verfahren im allgemeinen nicht der Fall, es ist also den schweizerischen Fabrikanten möglich, solche in Deutschland und anderswo patentirte Verfahren anzuwenden und zum Nachteil der Patentinhaber zu verwerthen. Und zwar geschieht das in der Schweiz in ausgedehntem Maße. Deutsche Fabrikanten und Patentinhaber haben deshalb schon mehrfach Lärm geschlagen und den schweizerischen Fabrikanten ihr Raubsystem vorgeworfen. Aber erst dieser Tage wieder begnügte uns in verschiedenen Nummern einer weitverbreiteten Fachschrift folgende Ankündigung: „Anilinfarben, sämtliche in Basel dargestellte, werden reell und preiswürdig geliefert. Anst. an Rudolf Mosse, Basel, erbeten sub . . .“ — Diese Ankündigung ist für den Eingeweihten deutlich genug. Anilinfarben, sämtliche in Basel dargestellte, schließen eben auch solche ein, deren Darstellung anderswo unter Patentschutz steht, die in der Schweiz aber ungestraft hergestellt werden können.

Dieser Mangel des schweizerischen Patentgesetzes ist schon mehrfach auch im deutschen Reichstage zur Sprache gebracht worden. Da ist es nun erfreulich, zu hören, daß jetzt in beteiligten Kreisen der Schweiz selbst die Notwendigkeit einer Abhilfe erörtert worden ist. Auf der Generalversammlung der „Schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie“ in Zürich am 21. Oktober hat Professor Gnehm vom Züricher Polytechnikum angeregt, daß die schweizerischen Patentgesetze, soweit sie die chemische Industrie betreffen, einer genauen Durchsicht unterworfen und namentlich mit den entsprechenden Gesetzen der Nachbarländer verglichen werden sollen.

Auf diese Anregung hin ist auf der genannten Generalversammlung beschlossen worden, der Vorstand solle diese Verhältnisse ohne jegliche Voreingenommenheit einem gründlichen und eingehenden Studium unterziehen und darüber Bericht erstatten, ob es wünschenswert sei, daß die schweizerische Patentgesetzgebung auch auf die chemischen Erfindungen ausgedehnt werde. Die deutsche chemische Industrie wird den Verlauf dieser Angelegenheit gewiß mit großer Spannung verfolgen. Besondere Beachtung verdient es, daß die Anregung zu dem Züricher Beschluß von einem Mann ausgegangen ist, der selbst jahrelang in der schweizerischen chemischen Industrie thätig gewesen ist. Gnehm war früher Mitdirektor der Aktiengesellschaft „Gesellschaft für chemische Industrie in Basel,“ kennt also die Lücke des schweizerischen Patentgesetzes aus eigener Erfahrung.

1860er Antisemitismus. Wer im Antisemitismus nur eine Modepflanze sieht, der schlage einmal die Reise durch Südamerika auf, die 1860 Freiherr von Tschudi, der damalige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in Brasilien, veröffentlicht hat. Dort heißt es

im dritten Bande im Eingange des den Parceriekolonien von Sao Paulo gewidmeten Kapitels: „Die unangenehmsten Passagiere, mit denen man auf Seereisen in Brasilien zusammentrifft, sind die Elsäßer Juden, und leider genießt man nur selten, wenigstens auf den besuchtern Routen, das Glück ihrer Abwesenheit. Ihre charakteristischen Physiognomien, ihre insektenartige Zudringlichkeit und Unverschämtheit, ihre gewöhnlich sehr vernachlässigte Kleidung machen sie ebenso kenntlich als ihr schlechtes, französisches Portugiesisch, ihr verdorbnnes Französisch und ihr jüdisch-deutscher Jargon, ihre Lieblingssprache, wenn sie unter einander sind und sich nicht etwa von einem Deutschen beobachtet glauben. Wir hatten auch diesmal einige dieser Industrieritter in der Gesellschaft. Einer von ihnen zeichnete sich besonders durch eine unglaubliche Frechheit aus und suchte offenbar eine hervorragende Rolle zu spielen. Während des Mittagessens fing er an auf Deutschland und die Deutschen zu schimpfen und verflocht in seinen Gallimathias auch auf beleidigende Weise den deutschen Befreiungskampf gegen Napoleon. Das wurde dem guten Major, der in jenen denkwürdigen Kämpfen selbst mit Ehren den Degen geführt hatte,*) endlich doch zuviel, und nun brach sein lange mühsam unterdrückter Zorn los und entlud sich wie ein unheilbringendes Gewitter über die Häupter des sinnlosen Schwäzers und seiner ihm sekundirenden Glaubensgenossen. Die ebenso treffende als derbe Abfertigung rief selbst bei den Brasilianern einen allgemeinen Jubel hervor, auf die Betroffenen aber übte sie eine wahrhaft drastische Wirkung. Einer nach dem andern schlich sich vom Essen weg, um frische Luft zu schöpfen, und jeder von ihnen wich, so lange wir noch zusammen waren, mit ängstlicher Scheu unserm Jupiter tonans aus.“

Wir wollen dem nur hinzufügen, daß J. F. von Tschudi Arzt, Naturforscher und Staatsmann — er hat viele Jahre die Eidgenossenschaft in Wien vertreten — und ein Mann von weitem Blick, reicher Erfahrung und reifem Urtheil war, der sich in seinen amtlichen Untersuchungen der Mißbräuche in den brasilianischen Kolonien zugleich als echter Menschenfreund bekundete.

Kamerun in Berlin. Am 24. und 25. Oktober berichteten Berliner Zeitungen übereinstimmend folgenden Kriminalfall: Eines Abends umringten betrunkene Studenten zwei Damen und belästigten sie. Die beiden Damen forderten, daß man sie unbelästigt gehen lasse, und die eine, ein Fräulein Sp., sagte zu dem Studenten Albert Steinke: „Das ist nicht das Benehmen eines gebildeten Herrn, sondern das eines dummen Jungen.“ Da erhob der „gebildete Herr“ seinen Knotenstock und versetzte der Dame damit einen Hieb über den Kopf, daß sie, aus einer tiefen Wunde blutend, ohnmächtig zu Boden sank; sie war längere Zeit bettlägerig und leidet seitdem an periodisch wiederkehrenden Kopfschmerzen. Das Gericht hat nun dem „gebildeten Herrn“ seinen Raub als strafmildernden Umstand angerechnet und ihn zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Wenn es erlaubt wäre, Richterprüche zu kritisiren, so würden wir bemerken, daß dieser Gerichtshof deutsche Frauen noch niedriger taxirt als „Dahomeyweiber“ und „Pfandweiber.“ Denn dem Leist ist doch wenigstens ein Fünftel seines Gehalts gestrichen worden; einem heutigen deutschen Studenten aber, der gar kein eignes Geld hat und gewohnt ist, anderer Leute Geld zum Fenster hinauszwerfen, wird durch eine Geldstrafe von noch so vielen hundert Mark gar nichts gestrichen. Lattenarrest wäre

*) Gemeint ist der Major von Suckow, der längere Jahre Offizier in brasilianischen Diensten war.

hier das einzig richtige, und man müßte den davon handelnden Paragraphen der „lex Heinze“ beifürworten, wenn man die Gewißheit hätte, daß er richtig, d. h. gerade in solchen Fällen angewendet würde.



Litteratur

Was ist Geld? Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Fragen von Richard Goldschmidt, Landgerichtsrat. Leipzig, Fr. Wih. Grurow, 1894

Der Verfasser dieses merkwürdigen Schriftchens sagt uns im Vorwort, daß er an einer umfassenden Widerlegung der mechanischen Weltanschauung arbeite. Da aber die Vollendung dieses großen Werkes noch in weitem Felde liegt, und er seine Mitarbeit an den Aufgaben der Zeit nicht gern in eine ungewisse Zukunft verschieben möchte, so veröffentlicht er einstweilen das vorliegende Bruchstück daraus. „Die imaginäre Natur des Geldes soll beweisen, daß die Berechnung eines Durchschnittseinkommens nach Geld keinen realen Wert hat, daß andererseits aber auch die Vermehrung von Arbeitsgelegenheit die soziale Frage nicht zu lösen vermag, und alle realistischen volkswirtschaftlichen Berechnungen sich des Geldmaßstabes nur mit größter Vorsicht bedienen dürfen.“ Im einzelnen müssen wir den Ausführungen des Verfassers bald widersprechen, bald beistimmen. So erscheint es uns z. B. verfehlt, wenn er Seite 23 sagt, dieselbe „Illusion,“ die Gold und Silber zu Wertmessern mache, gestatte auch [bei der Prägung von Scheidemünzen], „den Teil des Metalls, der als Geldstück verarbeitet ist, höher zu bewerten, als ihm nach seinem Metallgehalte wirklich zukommt.“ Was es auch immer sein mag, das die Edelmetalle zu Wertmessern macht, ihr innerer Wert, oder eine Übereinkunft der Menschen, oder eine Illusion, der Gebrauch unterwertiger Scheidemünzen beruht auf der Verpflichtung des Staats, sie auf Verlangen gegen vollwertige Währungsmünzen umzutauschen, also auf der Vertragstreue, und diese ist zwar nichts materielles, aber auch keine Illusion. Dagegen ist z. B. die Zurückweisung der Silberfreunde auf Seite 26 vortrefflich. Da unsere eigne Silberproduktion, sagt Goldschmidt sehr richtig, nur unbedeutend, die von Nordamerika aber ungeheuer groß ist, so ist der Schaden, den wir durch die Entwertung unsers Silbers erleiden, weit geringer als der, den wir erleiden würden, wenn das Silber trotz vermehrter Produktion in Nordamerika seinen Preis behauptet hätte, denn dann wäre die Kaufkraft Nordamerikas doppelt so groß, als sie jetzt ist, die Amerikaner wären uns also in höherm Grade wirtschaftlich überlegen, als sie es jetzt sind. Im ganzen strebt Goldschmidt ungefähr demselben Ziele zu wie die Grenzboten. Denn auch wir bemühen uns, den Schleier zu zerreißen, mit dem das Geldwesen die wirtschaftlichen Vorgänge den Augen nicht allein der Menge, sondern auch vieler Volkswirte verhüllt, und die praktischen Forderungen, die er am Schlusse erhebt, sind den unsrigen nahe verwandt. So trägt die Schrift viel dazu bei, über einige der schwierigsten und wichtigsten unter den brennenden Fragen der Gegenwart Klarheit zu verbreiten, und deshalb ist ihr die weiteste Verbreitung zu wünschen.